

dfg-Eilmeldung vom 28. Februar 2021

Kommentar zur Gesundheits- und Sozialpolitik:

„Der schnelle Sturz des Krisenmanagers“? – Wenn nicht nur der Spin-Doctor flöten geht

(dfg 9 – 21) In regelmäßigen, manchmal recht kurzen Abständen veröffentlicht das Bundesgesundheitsministerium (BMG) auf seiner Website ein neues Organigramm. Bei dem rasanten Tempo, welches der CDU-Hausherr Jens Spahn MdB (40) an den Tag legt, ist das auch kein Wunder. Schaut man sich die Fassung mit Stichtag 15. Februar 2021 an, dann fällt auf, daß aktuell in der Leitungsabteilung L drei von acht Referaten vom Kollegen „N.N.“ besetzt sind. Noch nicht berücksichtigt ist auf dem Plan das Ausscheiden des wichtigsten Minister-Vertrauten und jahrelangem „Spin-Doctor“ Marc Degen (39). Der „ständige Vertreter“ der Abteilungsleiterin Susanne Wald (56) verabschiedete sich relativ unbemerkt, aber offiziell kurz vor Weihnachten 2020. Sein Vertrag dürfte am 31. März 2021 auslaufen. Dem Ahauser gingen also seit geraumer Zeit die Mitarbeiter*innen aus seiner nächsten Umgebung „flöten“. Das könnte zu seinem aktuellen; wie hektischen politischen Gebaren mit beigetragen haben, das einer „Echternacher Springprozeession“ ähnelt und von einer massiven „Pleiten, Pech und Pannen“-Serie begleitet wird (vgl. zuletzt dfg 8 – 21, S. 2ff.). Auch bei den gesundheitspolitischen bzw. den Tages- und Leitmedien hat der Minister mittlerweile keinen „guten Lauf“ mehr. So titelte unkend das Hamburger Magazin „Stern“ online in einem Kommentar am 27. Februar 2021 etwa: „der schnelle Sturz des Krisenmanagers“. Zieht man alle Vorgänge der jüngsten Zeit zusammen, könnte etwas daran sein.

So manche in Ehren ergraute „Silberlocke“ unter den Mitgliedern der Bundespressekonferenz dürfte in diesen Tagen ein gewisses déjà vu-Erlebnis haben. Denn die Amtszeit von nur zwei der 16 bisherigen Bundesgesundheitsminister*innen endete vorzeitig mit der nachhaltigen Unterstützung der Medien. Beide, die CSU-Ressortchefin Gerda Hasselfeldt (70) und ihre bündnisgrüne Nachfolgerin Andrea Fischer (61), hatten 1992 bzw. 2001 den politischen Rückhalt ihrer jeweiligen Bundeskanzler bzw. Parteiführungen verloren. Besonders augenfällig waren die Umstände, die im Mai 1992 zum Rücktritt der aus Fürstfeldbruck stammenden Finanzpolitikerin Hasselfeldt führten. 1989 zur Bundesbauministerin berufen, hatte sie dieses Amt zur Zufriedenheit von CDU-Kanzler Dr. phil. Helmut Kohl (+) geführt. Nach den Neuwahlen im Zuge der Wiedervereinigung 1991 beanspruchten aber die FDP-Granden dieses Ministerium, um die liberale Zukunftshoffnung bzw. die Apothekerin und bekannte Gesundheitspolitikerin Irmgard Adam-Schwätzer (78) mit einer Position zu „versorgen“, um sie für höhere Aufgaben vorbereiten zu können. Die CSU benannte Hasselfeldt für das Gesundheitsressort. Und um das „aufzuwerten“, schnitt man die Agenden für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) aus dem Bundesarbeitsministerium (BMAuS) von Dr. phil. Norbert Blüm (+) heraus.

Nur, Hasselfeldt war ihren neuen Aufgaben – vor allem nicht mit der Vorgabe, eine neue Gesundheitsreform über die Bühne zu bringen – nicht gewachsen. Sie igelte sich in ihrem Ministerium immer mehr ein und war für Außenstehende kaum zu erreichen. Außerdem verärgerte ihre engste Umgebung die Bonner Journaille. Das ist nie gut! Irgendwann wurde es dem Kanzleramt zu bunt. Man gab sie buchstäblich zum Abschluss frei. Daraufhin rotteten sich mehrere Redaktionen der Leit- und gesundheitspolitischen Medien zusammen, tauschten ihre Materialien gegenseitig aus und sprachen die Inhalte ab. An einem Montag startete das Hamburger Magazin „DER SPIEGEL“, es folgten weitere Medien, die serienweise Details an die Oberfläche spülten, die die Ministerin in kein gutes Licht rückten. Begleitet wurde das Ganze von massiven Protesten der Kassenärzt*innen. Als dann noch „durchsickerte“, ihr alleiniger, wie mächtiger Vertrauter im BMG sei ein Spion für das damals sozialistische Polen, da gab sie auf. Geschadet hat es der integren Politikerin im weiteren Verlauf ihrer politischen Karriere nicht. 2005 stieg sie zur Vizepräsidentin des Bundestages auf und führte erfolgreich von März 2011 bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Parlament 2017 die CSU-Landesgruppe.

Sollte es zu einem Sturz von Spahn kommen, dann dürften weniger seine politischen Maßnahmen und Handlungen dazu beigetragen haben. Es wären eher seine „persönlichen Nuancen“, wie es der jüngste STERN-Kommentar umschreibt. Gestartet ist der CDU-Mann im März 2018 bekanntlich kraftvoll und tatenfreudig. Und er stand bis zur Corona-Pandemie als der tüchtigste und akribischste Minister im vierten Kabinett von CDU-Bundeskanzlerin Dr. rer. nat. Angela Merkel MdB (66) da, die ihm sogar noch Lob für seine Taten zollen mußte. Doch kurz danach hatte der erfolgreiche Minister, der per se zu egozentrischen Höhenflügen neigt, seinen Kredit bei einigen führenden Medien buchstäblich verspielt. Diese sehen ihm gerne nach, wenn er unter dem Druck der Auswirkungen der Pandemie taktische, wie politische Fehler selbst begeht oder Fehleinschätzungen der politischen „Elefanten“ verteidigen muß.

Aber sie verzeihen es Politiker*innen nicht, wenn diese sie mit persönlichen Rechtsverfahren überziehen. Die Auswirkungen des 16. August 2020 bzw. des unsensiblen, persönlichen Fehlverhaltens von Spahn danach zeigen sich erst jetzt. An diesem Tag – also mitten während der Pandemie – verriet das investigative Online-Magazin „Business Insider“ etwas über die jüngsten Immobilien-Vorhaben der Eheleute Spahn. Also des Ahausers und seines Gatten Daniel Funke (39), der früher die Berliner Redaktion des Glamour-Blattes „BUNTE“ leitete und seit 2019 als Cheflobbyist des BURDA-Konzernes in der Hauptstadt fungiert. Beide hatten zuvor nicht davor zurückgeschreckt, Details ihres Privatlebens wie z.B. ihre in Essen zelebrierte Hochzeit oder aber die Freundschaft zum früheren U.S.-Botschafter Richard A. Grenell (54) öffentlich zur Schau zu stellen. Von gemeinsamen Auftritten beim Wiener Opernball bzw. der Eröffnung der Bayreuther Festspiele einmal ganz abgesehen. Aber anscheinend gingen nun plötzlich Berichte über den millionenschweren Ankauf einer Villa im noblen Berliner Ortsteil Dahlem zu weit (vgl. zuletzt dfg 34 – 20, S. 7f.).

Wenn die Wispereien in Verlegerkreisen stimmen, dann heuerte das Ehepaar die schicke Berliner Presserechts-Boutique Irle Moser Rechtsanwälte PartG an. Und überzog mit deren Hilfe insgesamt 18 Redaktionen der gesundheitspolitischen wie der Tages-Leitmedien nicht nur mit drohenden Schreiben, sondern auch mit Rechtsverfahren. Die Sozietät residiert opulent auf mehr als einer Etage am Berliner Prachtboulevard „Unter den Linden“. Die nicht nur daraus resultierenden

Fixkosten müssen bezahlt werden. Schon vor Jahren liquidierte daher Irle Moser ihren Klienten einen einheitlichen Stundensatz ihrer Partner und Associates i.H.v. 250 €. Jede angefangene Viertelstunde wird akribisch dokumentiert und natürlich abgerechnet. Der Kampf um ihr Privatleben – obwohl das Duo mit jeweils eigenem Wikipedia-Eintrag eigentlich zu den so genannten Personen des öffentlichen Lebens zählen sollten – dürfte also das Paar Spahn/Funke ein Sümmchen gekostet haben. Inklusiv die Gänge zum presserechtlich interessanten Landgericht Hamburg (LG). Man siegte zwar z.B. gegenüber der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ – seither darf man die Kaufpreis-Summe nicht mehr nennen. Aber die durchgehende wie nachhaltige Verärgerung in den Redaktionsstuben rächt sich jetzt. Zumal die Kanzlei Irle Moser offenbar via Grundbuchamt einige Journalisten „ausforschen“ ließ, wie am 24. Februar 2021 herauskam. Seither vergeht kein Tag, an dem nicht neue Enthüllungen über private Zusammenhänge des Duos an die Öffentlichkeit gespült werden. So u.a. am 25. Februar 2021 durch den Medienbranchendienst „kress report“ oder am 26. Februar 2021 durch „DER SPIEGEL“. Ersterer durchleuchtete die Hintergründe über die erfolgreiche Wettbewerbs-Klage des Funke-Arbeitgebers BURDA gegen das BMG und sein Kooperations-Unterfangen, sich mit dem Mega-U.S.-Konzern medial in ein Bett zu legen. Das Hamburger Magazin deckte die Usancen eines Leipziger Sponsorenessens – die Teilnehmer „spendeten“ mehrstellige €-Beträge – mit dem Minister am 20. Oktober 2020 zu Wahlkampfzwecken auf. Just in der Zeit als der damalige „Brachiator“ selbst infiziert war und bereits spezifische Corona-Bedingungen galten. Genüßlich griffen daraufhin auch Fernsehsender oder andere Medien diese Berichte auf. Spahn geriet also – neben den üblichen Corona-Anfeindungen – immer mehr in die Verteidigungshaltung. Und man ist mittlerweile gespannt darauf, was in naher Zukunft findige Journalist*innen noch alles ausgraben werden!

Und wie lange man sich im Kanzleramt diese „Serie“ noch anschaut. Denn schon weiden sich einige Medien genüßlich an der Tatsache, wie oft und wann in der jüngsten Vergangenheit die Hausherrin dort ihren Gesundheitsminister hat „auflaufen“ lassen, „zurückgepiffen“ oder gar mit kurzen Nebenbemerkungen ins Abseits stellte. Und das in Wahlkampfzeiten – wie aktuell – mehrfach. So gar der Neo-CDU-Parteivorsitzende Armin Laschet MdL (60) kam ins Stottern, als er am 28. Februar 2021 in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ die „Leistungen“ von Spahn verteidigen sollte.

Womit wir wieder bei den déjà vu-Erlebnissen gelandet wären und dem Ausscheiden des „Spin-Doctors“ Degen aus den Diensten des BMG. Entscheidungsträger*innen in Wirtschaft, Gesellschaft, Verwaltung und gerade auch in der Politik benötigen im beruflichen Leben ein Korrektiv. Vor allem, wenn sie zu Höhenflügen neigen bzw. zu sehr an sich und ihre Fähigkeiten glauben. Sie sind meist von sich devot gebenden Untergebenen/Beamt*innen umgeben, die ihnen nach dem Munde reden. Oder, böse ausgedrückt, „speichelleckend“ auftreten. Da ist es nicht schlecht, wenn man Vertraute um sich hat, die einem auch mal die ungeschminkte Wahrheit sagen bzw. buchstäblich an den Kopf schmeißen. Für die CDU-Kanzlerin dürfte das ihre seit 1991 als Büroleiterin in allen Positionen folgende Birgit Baumann (57) sein. Beide Frauen gingen in diesen drei Jahrzehnten durch „dick und dünn“ und durchlebten alle Erfolge und Niederlagen gemeinsam. Bei Spahn galt der Schwabe Marc Degen (39) als das gewisse „Alter Ego“. Schon in dessen Abgeordneten- und Staatssekretärszeiten. Als es 2018 zum ersten Mal um den CDU-Vorsitz ging, da nahm Degen sogar Sonderurlaub und organisierte als Leiter die Spahn-Kampagne. In Berlin wußte man, wenn

der „Spin-Doctor“ eine bestimmte Tatsache oder Vorgang „erläuterte“, dann agierte er als „his master’s voice“.

Niemand weiß, was zum Ausscheiden von Degen und den anderen Mitarbeiter*innen in der engsten Umgebung des Ministers führte. Es dürfte nicht nur an den zeitlichen, arbeitsmäßigen und physischen (An-)Forderungen gelegen haben. Auch wohl an der Stimmung, die psychisch an den Nerven der Beteiligten zerrte. Degen ging offiziell „aus familiären Gründen“ – bei einem Mann seines Alters ungewöhnlich. Wie dem auch sei, der „Spin-Doctor“ aus dem BMG hätte seinem Vorgesetzten und Mentor vermutlich nie geraten, sich aus verletzter, privater Eitelkeit mit den Hauptstadtmedien anzulegen. Schon in der so genannten Bonner Republik galten ungeschriebene Gesetze, die damals mit den Worten umschrieben wurden: „das macht man nicht“. Auch das allzu leichtfertige mediale „ins Bett legen“ mit einem Blatt und das Offenlegen von Privatem war inopportun. Und kostete z.B. den früheren SPD-/CSU-Verteidigungsministern Rudolf Scharping (73) und Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (49) quasi das Amt.

Es ist klar, niemand weiß, was die Medien noch alles an Privatem rund um den Ahauser „in der Pipeline“ haben und ausgraben. Und ob die Vorgänge der letzten Wochen und Tage ausreichen werden, daß man im Kanzleramt endlich „es reicht“ ausruft? Vermutlich läßt man den Minister noch bis zum 14. März 2021 „schmoren“ und am langen Halsband zerrend werkeln. Von der Kanzlerin ist bekannt, daß sie nur ungern und aus eigener Entscheidung heraus Ressortchef*innen während einer laufenden Legislaturperiode austauscht. Aber nach verlorenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wäre es eine gute Gelegenheit, für das letzte Halbjahr dem BMG neuen, frischen Input zu geben. Nach einer möglichen, unter Umständen auch hinter den Kulissen erzwungenen Demission könnte man z.B. ohne weiteres einen Arzt wie den aktuellen Bundesminister „für besondere Aufgaben“ im Bundeskanzleramt (BKAm), Prof. Dr. med. Helge Braun MdB (48), mit zusätzlichen Agenden betreuen. Aber vielleicht schafft es ja der „Entscheider“ und „Brachiator“ noch einmal, sich aufzurappeln. Zuzutrauen wäre es ihm.